

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 19 / 06. 02. 2002

Zur Kenntnis:

GESUNDHEITSPARLAMENT: Treffen des AB "Umwelt u. Gesundheit", von Regina Nowack und Kathrin Otte

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

anbei unsere Einladung zu einem Arbeitstreffen des Arbeitsbereichs (AB) "Umwelt und Gesundheit" des im vergangenen Herbst gegründeten Gesundheitsparlaments sowie Entwürfe zur Zielsetzung des ABs, die wir zu ergänzen und zu korrigieren bitten.

Es wäre wichtig, daß möglichst viele an dem Treffen teilnehmen, um die umweltmedizinischen Bedürfnisse auf breiter Basis zu entwickeln und zu vertreten.

Falls Sie nicht an dem Treffen teilnehmen können, würden wir es begrüßen, wenn Sie sich per e-mail an der Vervollständigung unserer Entwürfe beteiligen könnten. Da das GP die mehrheitliche Meinung in der umweltmedizinischen Szene vertreten möchte, sind uns Ihre Ideen wichtig.

Mit besten Grüßen

gez. Regina Nowack und Kathrin Otte, (Sprecherinnen des AB "Umwelt u. Gesundheit" im GP)

28.01.2002, Info 2 des Arbeitsbereichs „Umwelt und Gesundheit“ im Gesundheitsparlament

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

nach der Gründungsveranstaltung des Gesundheitsparlaments (GP) im vergangenen Herbst laden wir zu einem Arbeitstreffen des AB „Umwelt und Gesundheit“ ein:

Am: 24.02.2001,

von: 10.30 – ca. 16.00 Uhr,

bei: SEKIS (Selbsthilfe-Kontakt- u. Informationsstelle) Albrecht-Achilles-Str. 65 (Eingang: Hinterhof), 10709 Berlin

I. Stock, Raum 1005

Wir bitten um rege Teilnahme und freuen uns über Neuzugänge aus allen umweltmedizinisch interessierten Kreisen (Umweltpatienten, Ärzte, Wissenschaftler, Juristen... – organisiert wie auch Einzelpersonen).

Zur Vorbereitung des Treffens übersenden wir anbei als Diskussionsgrundlage Entwürfe zu den Zielsetzungen unseres ABs. Wir bitten um Ihre Ergänzungen und Korrekturen, die wir dann gemeinsam diskutieren und entscheiden wollen.

Im übrigen hat das GP eine neue Internetadresse: www.gesundheitsparlament.net

Mit besten Grüßen

gez. Regina Nowack und Kathrin Otte (Sprecherinnen des AB „Umwelt und Gesundheit“)

=====
Missbildungen bei Babys: Smog erhöht

Risiko <http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=30&id=72214>

Zappelphilippe: Drei Prozent der Kinder sind hyperaktiv

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=29&id=72110>

Leistungsfähigkeit sinkt: Schlechte Noten durch wenig Schlaf

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=29&id=72103>

Folgen des Quecksilbers: Schule zwei Wochen dicht

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=36&id=72629>

Gefahr für Babys: Ätherische Öle gegen Erkältungen

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=37&id=72713>

Creutzfeldt-Jakob-Krankheit: Erster Fall in Italien

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=1&d=37&id=72746>

Auch saurer Nebel schadet dem Wald, Luftschadstoffe in Nebelpartikeln 25 Mal stärker angereichert als im Regen <http://www.presetext.de/open.php?pte=020205013>

Umweltgifte schrauben männliche Geburtenrate nach oben, Forscher bringen PCBs und eine gesteigerte männliche Nachkommenschaft in Verbindung (pte020129027, pte.monitor 'Gift,Umwelt') www.presstext.de

=====

HEUTE IM BUNDESTAG, PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin: Mo, 28.01.2002

1. EXPERTEN BEURTEILEN REFORMBEDARF DER SOZIALHILFE UNTERSCHIEDLICH
2. POSITIVLISTE FÜR ARZNEIMITTEL UNTER DER LUPE
3. ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZU "GLOBALISIERUNG UND GENDER"
4. EINHEITLICHE UND VERBINDLICHE EU-CHEMIKALIENPOLITIK GEFORDERT
5. AUSGABENSTRUKTUR FÜR DIE ENERGIEFORSCHUNG NICHT "NENNENSWERT" ÄNDERN

Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung (Anhörung)

EXPERTEN BEURTEILEN REFORMBEDARF DER SOZIALHILFE UNTERSCHIEDLICH

Berlin: (hib/RAB) Der Reformbedarf der Sozialhilfe wird von Experten unterschiedlich beurteilt. Dies geht aus den Stellungnahmen hervor, die Sachverständige für eine am heutigen Montag stattfindende öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung vorgelegt haben.

Aus Sicht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) ist das wichtigste und vordringlichste arbeitsmarktpolitische Gesetzgebungsprojekt, die beiden für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen relevanten Transfersysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen.

Eine einheitliche Transferleistung vom Prinzip der Aktivierung der Hilfe zur Selbsthilfe müsse für erwerbsfähige Hilfeempfänger geschaffen werden. Der Verband geht davon aus, dass die allein geeignete Basis für ein solches Transfersystem die Sozialhilfe sei.

Zu dem Themenkomplex Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe hatten Koalition (14/7280, 14/7293), CDU/CSU (14/7443), FDP (14/5982, 14/5983, 14/6951) und PDS (14/7294, 14/7298) Initiativen vorgelegt.

Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di hält es angesichts der ökonomischen Entwicklung für "beschämend", jährlich über die Anpassung der Sozialhilfe zu diskutieren. Im Zentrum der Debatte stehe jene Gruppe der Sozialhilfebezieher, die erwerbsfähig sei. Von diesen 900.000 Personen übten bereits 16 Prozent eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung aus, gut 12 Prozent würden an Maßnahmen der Aus- oder Fortbildung teilnehmen und rund ein Drittel befinde sich in beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Damit übten knapp zwei Drittel dieses Kreises eine Beschäftigung aus oder befänden sich auf dem Wege der Integration in den Arbeitsmarkt. Nach Auffassung der Gewerkschaft wird somit deutlich, dass das vorhandene Instrumentarium der Arbeitsförderung ausreicht, um erwerbsfähige Sozialhilfebezieher in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für den Zentralverband des Deutschen Handwerks besteht in diesem Themenbereich ein "Reformstau", dessen Überwindung nicht weiter in die Zukunft verschoben werden dürfe. Um Sozialhilfebedürftigkeit zielgerecht zu überwinden, müssten die aktivierenden Instrumente und Leistungen der Sozialhilfe verbessert werden. Während im Arbeitsförderungsrecht im Sinne von "Fördern und Fordern" entsprechende Weichenstellungen vorgenommen würden, sollen im Bundessozialhilfegesetz jedoch erst in der nächsten Legislaturperiode Änderungen kommen. Der Verband kritisiert, dass die überfällige Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht mal als Reformansatz konkret in Erwägung gezogen werde.

Nach Überzeugung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat sich das nunmehr fast vierzig Jahre geltende Bundessozialhilfegesetz "durchaus bewährt". Dies gelte insbesondere für den Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt sei in den letzten drei Jahrzehnten allerdings überstrapaziert worden, da gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf sie abgewälzt worden seien. Dies gelte insbesondere für die Arbeitsmarktproblematik und den "unzureichenden Familienlastenausgleich". Die Hilfe zum Lebensunterhalt sei somit nicht wegen hausgemachter Probleme reformbedürftig.

Sie müsse aber den veränderten Rahmenbedingungen gerecht werden können. Dazu müsse eine umfassendere Reform angegangen werden. Auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern eine Reform der Sozialhilfe. Zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung müssten die Sozialhilfeleistungen weitgehend pauschaliert werden. Auch sei es nötig, die allseits geforderte Reform der Regelsätze zügig umzusetzen. Entlastungen der Sozialhilfehaushalte seien nur möglich, indem die vorgelagerten Sicherungssysteme gestärkt würden. Dazu sei es nötig, den Familienleistungsausgleich zu verbessern, um Kindersozialhilfe unabhängig zu machen.

Weiter tritt der Städtetag dafür ein, bedarfsdeckende Leistungen der Arbeitslosenversicherung sicherzustellen, um ergänzende Leistungen der Sozialhilfe auszuschließen.

Ausschuss für Gesundheit

POSITIVLISTE FÜR ARZNEIMITTEL UNTER DER LUPE

Berlin: (hib/RAB) Die Liste verordnungsfähiger Arzneimittel, die so genannte Positivliste, steht am Mittwoch, dem 30. Januar, auf der Tagesordnung einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Die Veranstaltung findet von 11.30 bis 13 Uhr im Saal 3 S 001 des Reichstagsgebäudes statt. Die FDP hatte den Antrag (14/6571) gestellt, die Liste abzuschaffen.

Eingeladen sind Vertreter von Verbänden, aus der Wissenschaft und den Verwaltungen.

Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft"

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZU "GLOBALISIERUNG UND GENDER"

Berlin: (hib/VOM) "Globalisierung und Gender" lautet das Thema einer öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderung und Antworten" am Montag, dem 18. Februar.

Die Schwerpunkte der Anhörung lauten "Makroökonomie und makroökonomische Wirtschaftspolitik aus einer Gender-Perspektive", "Auswirkungen des Freihandels auf Frauen in der Welt", "Ernährungssicherheit und ,Human Security'", "Die Situation von Frauen auf dem deutschen und osteuropäischen Arbeitsmarkt", "Gender Budgets unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Südafrika", "Mainstreaming Gender in internationalen Institutionen unter Berücksichtigung der Themen Terror und Gewalt nach dem 11. September 2001" und "Auswirkungen der Globalisierung auf Menschenhandel und Zwangsprostitution in Indien". Sieben Sachverständige aus Großbritannien, den USA, Südafrika, Indien und Deutschland sind als Referentinnen eingeladen. Die Anhörung soll von 11 Uhr bis etwa 17 Uhr dauern und findet im Raum 3 S 001 (SPD-Fraktionssaal) des Reichstagsgebäudes statt.

Umwelt/Antrag

EINHEITLICHE UND VERBINDLICHE EU-CHEMIKALIENPOLITIK GEFORDERT

Berlin: (hib/WOL) Die schnelle Einführung einheitlicher und für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlicher Regelungen der künftigen Chemikalienpolitik fordert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (14/8029). Die Union bezieht sich dabei auf das im Februar 2001 von der Europäischen Kommission vorgelegte Weißbuch zur zukünftigen Chemikalienpolitik. Dessen Ziele würden zwar grundsätzlich unterstützt, die Vorschläge des Weißbuches wiesen jedoch erhebliche Schwachpunkte und offene Fragen auf. So sei es unerlässlich, die Auswirkungen der Pläne des Weißbuchs auf die Innovation zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemie und der EU-Wirtschaft insgesamt zu prüfen und zu bewerten. Die CDU/CSU verweist darauf, Deutschland sei nicht nur der weltweit drittgrößte Chemieproduzent, sondern auch fünftgrößter Arbeitgeber des verarbeitenden Gewerbes. Dabei sei die deutsche Chemie im weiten Umfang mittelständisch strukturiert, weshalb ohne Änderungen der jetzigen Vorlage kleine und mittelständische Unternehmen aller Branchen besonders betroffen seien.

Laut Union besteht die Befürchtung, bei Anwendung des Weißbuchs werde ein hoher Anteil der heutigen Unternehmen vom Markt verschwinden.

Sie fordert deshalb in ihrer Initiative, die Bundesregierung müsse daher darauf einwirken, dass die Umsetzung der neuen Chemikalienpolitik in Form von Rechtsverordnungen erfolge und die neuen Regelungen so gestaltet würden, dass die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen wie auch der europäischen Industrie verbessert werde. Auch müssten beim Zulassungsverfahren für besonders gefährliche Stoffe unbürokratische Alternativen entwickelt und Sicherheitslücken bezüglich importierter chemischer Stoffe sowie bei importierten Erzeugnissen geschlossen werden. Schließlich sei darauf zu achten, dass klein- und mittelständischen Unternehmen nicht unverhältnismäßig hohe Anforderungen durch umfangreiche Verfahren auferlegt würden.

Wirtschaft/Antwort

AUSGABENSTRUKTUR FÜR DIE ENERGIEFORSCHUNG NICHT "NENNENSWERT" ÄNDERN

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung plant nicht, die Struktur der Ausgaben für die Energieforschung nennenswert zu ändern. Dies geht aus ihrer Antwort (14/8015) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion (14/7932) hervor.

Die geplanten Aufwendungen für die Förderung der Energieforschung zur rationellen Energieanwendung werden sich nach Regierungsangaben im Zeitraum von 2002 bis 2005 voraussichtlich in vergleichbarer Höhe wie in den Vorjahren bewegen.

Für dieses und nächstes Jahr stünden dem Bundeswirtschaftsministerium aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung zusätzliche Mittel von 82 Millionen € für

Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der umweltschonenden Energieversorgung zur Verfügung.

Das Bundesumweltministerium verfüge im Zeitraum von 2001 bis 2003 über rund 32 Millionen € für die geothermische und solarthermische Stromerzeugung sowie für die ökologische Begleitforschung auf den Gebieten Windenergie, Brennstoffzellen und Biomasse.

Der Haushaltsansatz für die Erforschung erneuerbarer und umweltschonender Energien sowie der rationellen Energienutzung liege einschließlich der Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm 2002 höher als in den Jahren 1998 bis 2000. Für die nukleare Energieforschung seien die Bundesaufwendungen seit 1998 rückläufig.

Mittel für die Förderung der Kernfusion würden im Bundeshaushalt ausschließlich im Wege der institutionellen Förderung an das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und die Forschungszentren Jülich und Karlsruhe vergeben, heißt es weiter. Die dafür vorgesehenen Bundesmittel seien in diesem Jahr mit 112 Millionen € veranschlagt.

Das sechste Forschungsrahmenprogramm der EU sieht den Angaben zufolge für nachhaltige Energiesysteme im Zeitraum von 2002 bis 2006 Mittel in Höhe von 810 Millionen € sowie für das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft 940 Millionen € vor, davon 750 Millionen € für die thermonukleare Fusionsforschung.

=====

Ende des newsletter/d/19

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt